

*„Die Welt ist in ihrem Kern eine Gemeinschaft,  
eine Gemeinschaft von Schöpfer und Erschaffenen.  
Und sie hat ihren Ursprung in Gott.“  
John Rawls 1942*

## Eine zivile Ökonomie – Soziale Marktwirtschaft der Zukunft Hoffnungen und Erwartungen aus evangelischer Sicht

Gerhard Wegner

Vorbemerkung: Die Behauptung von der Existenz einer sozialen Marktwirtschaft spielt für das Selbstbild Deutschlands – und für andere Staaten – nach wie vor eine große Rolle. Man muss allerdings sehen: Dies ist auch deswegen der Fall, weil der Begriff von unterschiedlichsten Interessen her gefüllt werden kann und seine präzise inhaltliche Bestimmung oft unklar ist. Wenn „Soziale Marktwirtschaft“ weiterhin einen prägenden Unterschied machen soll, müssen sich mit ihr klare Perspektiven – für drei Problembereiche – verbinden lassen:

- die Gestaltung der Globalisierung im Interesse eines weltweiten Ausgleichs,
- die Schaffung von Regulierungsweisen der internationalen Finanzmärkte,
- die nachhaltige „Bewältigung“ der globalen Erwärmung.

Oder anders gesagt: Soziale Marktwirtschaft muss für eine institutionell abgesicherte Balance zwischen ökonomischem Erfolg, sozialer Sicherung und ökologischer Verantwortung stehen. In diese Richtung müssen die Erfahrungen aus der Krise der Finanzmärkte konstruktiv genutzt werden (siehe auch das Wort des Rates der EKD zur globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise: „Wie ein Riss in einer hohen Mauer“.) Die folgenden Überlegungen diskutieren die Chancen eines ökosozialen Profils der Sozialen Marktwirtschaft – insbesondere vor dem Hintergrund christlich sozialetischer Maximen.

1. In der einen oder anderen Weise gehört es zum identitätsstiftenden „Gründungsmythos“ und dem Selbstverständnis Deutschlands, dass hier „a little more Gemeinschaft and a little less Gesellschaft“ (Wolfgang Streeck) im Vergleich vor allem zur angelsächsischen Welt und ihrem jahrhundertalten Neoliberalismus realisiert werden würde. In dieser Hinsicht figuriert das „Modell Deutschland“ beziehungsweise die Soziale Marktwirtschaft bisweilen nach wie vor als modellhafte Alternative zum Standard Kapitalismus (so zum Beispiel in der Debatte um die „Varieties of capitalism“, hier werden aufgrund eines kulturellen Traditionalismus langanhaltende soziale Beziehungen auf der Grundlage von gegenseitigem Vertrauen im Unterschied zu kurzfristigen Gewinnmaximen unterstützt).

Die wichtigsten auch das Wirtschaftsleben dominierenden Werte seien Gegenseitigkeit, Gruppensolidarität, Disziplin, Respekt vor dem traditionellen Status, Identifikation mit der eigenen Gruppe, Akzeptanz von paternalistischer Verantwortung: Insgesamt also letztlich so etwas wie Familienwerte, auch im Selbstverständnis von Unternehmen – mit allen damit auch verbundenen Schattenseiten wie zum Beispiel Intransparenz. Institutionell seien diese Werte verkörpert in einer anerkannten Rolle von starken Gewerkschaften, Mitbestimmung auf verschiedenen Ebenen, relativ hohen Löhnen mit geringen Lohndifferenzierungen, einem hohen Investment in die Ausbildung von Fachkräften und einer hohen Arbeitsplatzsicherheit. Hinzu kommt die starke Rolle, die intermediäre Institutionen / Körperschaften des öffentlichen Rechtes in Deutschland spielen. In weltweiter Perspektive kann es auf diese Weise zu einem Clash der Wirtschafts- und Sozialsysteme – zumindest zu einer zum Teil heftigen Systemkonkurrenz – kommen (vgl. Thesen von Werner Abelshäuser). Dies ist der Herausforderung weltweit gemeinsamer Regulierungsinstitutionen nicht unbedingt förderlich.

2. Man kann nun in diesen, zum Teil vermeintlichen Charakteristika der deutschen sozialen Marktwirtschaft relativ problemlos die Wirkungsgeschichte christlichen Gedankenguts identifizieren. Und diese Identifikation wird umso schärfer, je mehr man sie gegen den puren zerstörerischen Kapitalismus absetzt, gegen den sich sowohl konservative als auch progressive Christen in Deutschland immer wieder ausgesprochen haben. Allerdings ist dies nur möglich, wenn man den puritanischen und reformierten christlichen Traditionen mit ihrem Freiheitspathos ihre christliche Legitimation abspricht und den lutherischen (oder auch katholischen) Weg letztlich für den einzig möglichen erklärt. Einer wirklich pluralen Sicht auf das Christentum wird dies nicht gerecht.

Von der Wirkungsgeschichte der Wittenberger Reformation bzw. Luthers her sind in der Tat prägende Charakteristika der Sozialen Marktwirtschaft erklärbar: die des paternalistischen Wohlfahrtsstaates (bis hin zu einem konservativen Sozialismus), einer sozialen Gesetzgebung, des handwerklichen Arbeits- und Dienstethos, einer heftigen Kritik an den destruktiven Wirkungen der Kapitalwirtschaft und der Forderung nach ihrer Regulierung usw. Vergleiche dazu Martin von Nathusius (1894): „Vom Standpunkte der christlichen Gesellschaftslehre aus kann es gar keinem Zweifel unterliegen, dass *diese Macht des Geldes in der Hand des Egoismus einzelner Privatleute nicht belassen werden darf*. Wenn es schon ein öffentliches Interesse erforderte, die Verkehrsanstalten zu verstaatlichen – wie viel lauter muss dann die Forderung erhoben werden, dieses wichtigste und einflussreichste aller Verkehrsmittel, das einzige, das einen so wirklich internationalen Charakter hat, das Geld – der Macht des privaten Egoismus zu entziehen!“

Eigentum und Reichtum werden in dieser Sichtweise grundsätzlich als treuhänderisch anvertraute Güter verstanden, die es im Interesse aller – des Gemeinwohls – zu nutzen gelte und nicht primär zu Zwecken der eigeninteressierten Konsumtion. Allein schon damit sind enge Begrenzungen des Eingehens von Risiken gesetzt. Die Ökonomie wird letztlich in der einen oder anderen Weise als eine Art kooperierende Dienstgemeinschaft möglichst aller begriffen, innerhalb derer Konkurrenz und Marktformen zum Zwecke der Leistungsweckung zwar möglich sind, aber nur begrenzt zum Tragen kommen sollen, da sie sonst zum Selbstzweck werden. Die Ökonomie bleibt ein Mittel

und dient der Bewältigung von Knappheiten. Letztlich kann man sagen, dass ideale mittelalterliche Ordo-Vorstellungen (Stände, Gilden, „Nahrung“) weiter wirken.

3. Nicht nur die Erfahrungen der Finanzmarktkrise der letzten Jahre lassen uns heute erneut fragen, ob und wenn ja wie sich solche Grundanliegen einer christlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsethik angesichts der Explosion des weltweiten Kapitalismus überhaupt noch strukturell und institutionell prägend einbringen und umsetzen lassen. Vergleiche Arthur Rich: „Die prägnant kapitalistische Gestalt der Marktwirtschaft ist für die Humanität aus Glauben, Hoffnung, Liebe unakzeptabel. ... In ihr dominieren die entfesselten Kapitalinteressen alle anderen Interessen überhaupt. ... Anders verhält es sich mit der Sozialen Marktwirtschaft.“ (342). Aber schon Walter Eucken betonte immer wieder, dass sittliche Erziehung allein eine mangelhafte Ordnungspolitik nicht balancieren könne.

Christlich inspirierte Wirtschaftsmodelle müssen sich mit Grundcharakteristika des freigesetzten Kapitalinteresses auseinandersetzen. Dazu zählen (vgl. Wolfgang Streeck) :

- Die Legitimation der Gier („Pursuit of unlimited material wealth“),
  - Institutioneller Zynismus („Rule makers cannot expect rule takers to interpret their rules in other ways than in studied bad faith“)
  - Ungleiche Zuteilung von Handlungschancen („superior agentic capacity of the capitalist class“)
  - Prinzipiell unbegrenzte Aneignungsmöglichkeiten („absence of any cultural-normative ceiling on the amount of economic gain individuals can aspire to“)
  - Wachsende Ungleichheiten und Abkopplung der Eliten (“It is the masses who depends on its stability much more than the elites do”)
  - Wettbewerb geht vor Solidarität (“Competition exists where there is a license for actors to try to improve their position at the expense of others”)
  - Entwicklung besteht stets in der Erschließung neuer Märkte
  - “Landnahme” (“Development may be conceived as a process of expansion of market relations”)
  - Vermarktung der Zukunft (“Capitalist expansion depends on credit, which is an institutionalized social relationship that serves to pull the proceeds from future economic activities into the present”)
  - Indienstrahmung des Staates (“politics may turn into a vehicle for Disembedding the economy”).
4. In diese Geschichte der Auseinandersetzung mit diesem „Kapitalismus“ gehören auch die Gründungsideen und -visionen der Sozialen Marktwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie lassen sich am besten als geniale Integration der liberalen ökonomischen Ideen in das von Gemeinwohlvorstellungen wertgeprägte Feld verstehen. Die entscheidende Entdeckung ist, dass eine Marktform der vollständigen Konkurrenz – eine vollkommene Wettbewerbsordnung, die für einen funktionierenden Preismechanismus sorgt – genau jene Wirkungen zeitigen muss, die den Wertorientierungen entspricht. Die vollständige Konkurrenz dient in der Wettbewerbsordnung nicht nur dazu, die Leistung zu steigern, sondern sie ist die Marktform, deren Preise den Wirtschaftsprozess lenken.“ Wenn das gelänge, dann entstehe aus den zahllosen Handlungen der beteiligten Akteure eine natürliche, gottgewollte Ordnung“ (W. Eucken). Dies gelte ausdrücklich auch und gerade für die Frage des Privateigentums: „Nur im Rahmen der Wettbewerbsordnung gilt der vielgenannte Satz, dass Privateigentum nicht nur dem

Eigentümer, sondern auch dem Nichteigentümer Nutzen bringe.“ „Nur die Wettbewerbsordnung macht im Rahmen der modernen industrialisierten Wirtschaft das Privateigentum auf die Dauer erträglich.“ (dto). Entscheidend ist die Haftung, die universell und persönlich gelten muss. Scheitern muss Folgen haben. Ein Bail-out kommt prinzipiell nicht infrage. Die Macht der Großbanken muss kontrolliert sein. Diese Ordnung herzustellen und zu garantieren sei Aufgabe eines starken – und d.h. von wirtschaftlichen Partikularinteressen freien – Staates. Ihn gilt es erst noch zu schaffen. „Die Politik des Staates sollte darauf gerichtet sein, wirtschaftliche Machtgruppen aufzulösen oder ihre Funktionen zu begrenzen.“

5. Durchaus im Unterschied zu überkommenen gemeinschaftlichen Konzepten betonen Eucken u.a. die Freiheit der Einzelnen als Beweggrund ihres Handelns und auch in Hinsicht auf die Legitimation des gesamten Konzeptes – es geht nicht nur um Effizienz. Die einzelnen Akteure führen keine Befehle aus, sondern entscheiden selbst über die beste Verwendung ihrer Ressourcen. Aber alle Akteure tun dies im Rahmen fester Spielregeln, die nicht zur Disposition stehen. Dies gilt auch im Blick auf Gerechtigkeit: „Soziale Gerechtigkeit sollte man ... insbesondere dadurch herzustellen suchen, dass man die Einkommensbildung den strengen Regeln des Wettbewerbs, des Risikos und der Haftung unterwirft.“ Wettbewerb schützt in dieser Hinsicht vor der Gefahr des Totalitarismus und schützt die Freiheit. Dieses Freiheitsverständnis folgt hier institutionell der konstruktiven christlich-idealistischen Tradition, in der Freiheit positiv als Entscheidungsmöglichkeit zur Liebe – oder auch als Einsicht in die Notwendigkeit verstanden wird.

Zwar wird betont, dass nur bei freier Entfaltung der spontanen Kräfte, „also bei freiem Wirken des Einzelinteresses“ das Gesamtinteresse an der Überwindung der Knappheiten wirklich greifen kann. Aber durch das Wirken des Marktmechanismus ordnet sich die individuelle Freiheit – „gleichsam durch List“ – faktisch dem Nächsten unter. Freiheit verwandelt sich so in Dienst. Nicht die „Pursuit of Happiness“ ist das Ziel. Am Markt ist jeder König und Diener zugleich. Dass dies so bleibt: darüber zu wachen hat die staatliche Ordnungspolitik. Sie ist der letztendliche Garant des ORDO. Im Zweifel muss die staatliche Macht ökonomische Machtballungen auflösen – aber im Normalfall können sie gar nicht entstehen.

6. Es bleibt die Frage, ob solche klassischen Konzepte die „Bändigung des Kapitalismus“ befördern könnten bzw. konnten. Eine Antwort bleibt zumindest zwiespältig, wenn nicht negativ: „Zur Frage, wie der Marktkapitalismus auf der konzeptionellen Basis eines modernen politischen Liberalismus im Rahmen der rechtsstaatlichen und sozialen Demokratie zivilisiert werden kann, haben beide ‚Väter‘ der Sozialen Marktwirtschaft (Eucken und Röpke, GW) – ob nun mehr oder weniger ‚protestantisch‘ – nichts beigetragen.“ (Hans-Richard Reuter).

Nun ist die tatsächliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland diesem Idealmodell ja auch nur begrenzt gefolgt. Neben den Kooperations-Interessen der großen Konzerne („Deutschland AG“) war es vor allem die Notwendigkeit des Ausbaus eines versorgenden Sozialstaates, was faktisch das Bild von einer sozialen Marktwirtschaft in Deutschland geprägt hat. Er kommt noch in den klassischen Konzepten kaum vor – später kam es dann allerdings zu vielfältigen Öffnungen vor allem unter dem Einfluss der katholischen Soziallehre.

In seinem „goldenen Zeitalter“ der sechziger und siebziger Jahre stand er für eine in

Maßen egalitäre und paternalistische Integration der Gesellschaft. Spätestens seit den neunziger Jahren hat seine Leistungsfähigkeit in dieser Hinsicht nachgelassen und Einkommensungleichheit und Armut haben in Deutschland stärker zugenommen als in jedem anderen OECD-Land. Der Sozialstaat hat sich zur Absicherung der Bürger angesichts immer weiter geöffneter Märkte nicht nur als nachträglich schadensbegrenzend sondern geradezu als Voraussetzung ihrer Handlungsfähigkeit erwiesen und ist in dieser Hinsicht von den Kirchen deswegen auch als Verkörperung christlicher Wertentscheidungen verteidigt worden. Trotz aller vorlaufenden ökonomischen Deregulierungen hat er sich gerade zur Bewältigung der Krise der Finanzmärkte bewährt und markiert weltweit nach wie vor einen Unterschied.

Erst ein entwickelter Sozialstaat – mit seinen Rückwirkungen auch auf den Bereich der Ökonomie – kann die liberalen Freiheitsrechte zu realen Teilhaberechten werden lassen. Das bedeutet, dass der Sozialstaat mehr ist, als nur ein Umverteilungsmechanismus, der durch die Absicherung von Lebenslagen das Individuum letztlich auf seine Arbeitskraft reduziert sein lässt. „Sozialstaat ist der Inbegriff jener politisch-rechtlichen Regelungen, die darauf gerichtet sind, das größtmögliche Maß gleicher subjektiver Handlungsfreiheiten durch die Sicherung der Bedingungen einer gleichermaßen allen zukommenden Möglichkeit sozialer Wertschätzung zu erreichen.“ (Frank Nullmeier). Allerdings sind damit auch Anforderungen formuliert, die staatliches Handeln überfordern können. In Zukunft wird er sich deswegen stärker in Richtung eines Partners der Zivilgesellschaft entwickeln müssen.

7. In diesem Zusammenhang stellt die Frage nach der Zukunft der Staatlichkeit. Ein halbwegs funktionsfähiger Sozialstaat muss – ebenso wie der ordoliberaler starke Staat – auf Distanz zur Ökonomie bestehen können, gerade um die Kohärenz beziehungsweise die von den Ordoliberalen betonte Interdependenz von Wirtschafts- und Staatsordnung sichern zu können. Der Primat des Politischen muss gewahrt sein. Nicht nur die Erfahrungen mit dem Vorspiel und dem Verlauf der Krise der Finanzmärkte lassen nun aber den Eindruck aufkommen, dass es hierum schlecht bestellt ist. Dies liegt vor allem daran, dass sich der Regelungsbereich der Nationalstaaten nicht mehr mit dem ökonomischen Handlungsbereich der großen Unternehmen deckt und sie sich deswegen immer deutlicher und gegebenenfalls hilfloser ihren Interessen ausgesetzt fühlen müssen. Umso wichtiger werden übernationale staatliche Handlungsebenen, wie die EU. Aber der Eindruck, dass die Politik nach wie vor den dynamisch und vor allem schnell agierenden Unternehmen hinterherläuft, ist bisher nicht von der Hand zu weisen.

Gerade an dieser Stelle greifen die oben angestellten Überlegungen zu den Charakteristika des Kapitalismus (Ziffer 3). Weltweit operierende Unternehmen sind schon lange keine deutschen Unternehmen mehr und in ihren Kalkülen natürlich nicht an Grundoptionen der Sozialen Marktwirtschaft gebunden. Was sich in der Krise als Problem systemrelevanter Finanzinstitutionen zeigte, denen gegenüber es ein Bail-out gegen alle Prinzipien geben musste, ist folglich nur die Spitze des Eisbergs. Die Dynamik internationaler Märkte kann folglich politische Regelungen sehr viel schneller destabilisieren als Regulierung überhaupt möglich ist. Wenn sich nun ein Staat, wie zum Beispiel Deutschland, noch dadurch zusätzlich schwächt, dass er auf Einnahmen verzichtet und seine Ausgaben zurückfährt, mag dies zwar zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit beitragen, schwächt aber seine Handlungsfähigkeit. In dieser Situation kann es folglich kein pauschales Vertrauen auf den Staat geben. Was es braucht ist

die Stärkung der bürgerschaftlichen Interessenartikulation, die den Staat gegenüber den ökonomischen Interessen stark machen kann.

8. Allerdings betrifft die „Entgrenzung des Ökonomischen“ auch die Mentalitäten und Handlungsorientierungen der Bürger. Während es mit den klassischen Konzepten der Sozialen Marktwirtschaft noch um die Bewältigung von Knappheit ging. Siehe dazu Walter Eucken: „Es geht um die „Überwindung der wirtschaftlichen Knappheit. Von der Lösung dieses Problems hängt die Lösung vieler anderer Probleme ab.“ Das heißt, es gibt so etwas wie ein Ziel der wirtschaftlichen Entwicklung (vgl. auch seine Polemik gegen Luxusproduktion). Die „Landnahme“ der Ökonomie ist heute weit in den Bereich der Phantasien und Hoffnungen der Menschen vorangekommen und hat hier unermessliche Rohstoffe und Märkte entdeckt. Die „Symbolökonomie“ beherrscht längst das Feld, die Menschen können sich kaum noch von dem Zugriff der Produkte auf ihre inneren Welten freimachen und sind dieser Art der Wirtschaft im Grund genommen längst real subsumiert.

Diese Entwicklung ist mit Begriffen wie „Konsumismus“ noch zu harmlos beschrieben. Auch ist es zu einseitig, wenn man diese Veränderung nur als „Ökonomisierung der Lebenswelten“ beschreibt, als wären die Menschen hier nur Opfer und nicht vielmehr Akteure. In diesem Zusammenhang wirkt fundamental der Mechanismus der Verschuldung als Vorgriff auf die Zukunft und den Genuss ihrer möglichen Erträge im Hier und Jetzt – im Großen (Finanzmärkte) wie im Kleinen. In einem bisher ungekannten Ausmaß verwandeln die Finanzmärkte die Kontingenzen der Zukunft in Risiken, mit denen sich handeln lässt. Sie fungieren so im Sinne eines promissory managements (Karin Knorr-Cetina). Und genau so treiben sie – nach eigenen Aussagen – das Geschäft Gottes. Das wird seine Faszination behalten.

Die sozialetisch entscheidende Frage an dieser Stelle ist: Lässt sich ein solches – mehr oder minder totales – System überhaupt noch zielorientiert steuern? Noch Arthur Rich war sich mit dem Mainstream der Sozialethik einig: „Ein sich an den Kriterien des Menschengerechten orientierendes Regulativ muss der Marktwirtschaft bestimmte Ziele setzen, die im umfassenden Sinn des Wortes lebensdienlich sind und auf die sie sich verbindlich auszurichten hat.“ (340). Dies sei durch eine volkswirtschaftliche Makroplanung zu unterstützen.

9. Ist dieses System in der Lage, die ökologische Katastrophe aufzuhalten? Kann es eine soziale Marktwirtschaft nach dem Ende des fossilen Zeitalters geben? Es ist nur allzu deutlich, dass sich die Produktions- und Konsumtionsstrukturen radikal ändern müssen, um sich anbahnende Katastrophen abzumildern. Die fossilen Energiemuster waren mit einer kapitalistischen Dynamik optimal kongruent, weswegen ihre Ersetzung durch erneuerbare Energien unter sonst gleichen Bedingungen die Kosten in die Höhe treibt und infolgedessen Wachstum ausbremsen wird. Auf absehbare Zeit – so diese Logik – wären erneuerbare Energien also volkswirtschaftliche Verschwendung. Man könnte kostengünstiger höhere Deiche bauen. Allerdings können sich die ja bereits eintretenden Umweltbelastungen dermaßen summieren, dass der Ressourcenverbrauch zur Behebung der Schäden exponentiell wächst und auf diese Weise Entwicklung behindert.

Der mögliche marktwirtschaftliche Weg führt idealerweise über eine strikte Kommodifizierung der Umweltgüter und einem dadurch gesteuerten Einbezug der Umweltschadens- und Umweltschutzkosten in die Bilanzen beziehungsweise in die Sozialpro-

duktrechnung zu einem auf Regeneration zielenden, qualitativen Wachstum (siehe Arthur Rich, unter Bezug auf Binswanger 1990). Der Verzehr natürlicher Ressourcen würde so verteuert und damit ausgebremst. Ein eher auf den Staat bezogener Weg führt über besondere Steuern. Es bleibt offen, ob diese Maßnahmen ausreichen werden. Letztlich wird vor allem auf technische Innovationen gesetzt: nur durch ihren forcierte Einsatz können die weitere Steigerung des Lebensstandards – zumal in weltweiter Perspektive einer Überwindung der Armut – und die Bewältigung der Umweltveränderungen zugleich erreicht werden.

10. Bietet nun die Soziale Marktwirtschaft angesichts all dieser Problemlagen plausible Lösungen an? Geht ihr Potential über das von begrifflichen Spielereien hinaus? Deutlich bleibt, dass es ohne „Kapitalismus“ nicht geht. Ganz im Sinne von Friedhelm Hengsbach: „Für mich ist der Kapitalismus ein ambivalentes gesellschaftliches Konstrukt. Als ökonomisches Funktionsgerüst – bestehend aus einem funktionsfähigen marktwirtschaftlichen Wettbewerb, einer elastischen Geldversorgung, einer kapitalintensiven Technik aus vorgeleisteter Arbeit und vorwiegend privatautonom organisierten Unternehmen – erzeugt er eine konstruktive Dynamik mit außerordentlicher Produktivität und unermesslichem Wohlstand. Dieser Aspekt des Kapitalismus wird in der kirchlichen Soziallehre als nicht in sich schlecht, also als moralisch indifferent bezeichnet.“ Kann die Soziale Marktwirtschaft diese Ambivalenz auflösen?

Wettbewerb, freie Preise, stabiler Geldwert, Privateigentum und staatliche Ordnungspolitik sind nicht zu verachtende Maximen und Instrumente – aber sie reichen nicht aus, um die Herausforderungen des sozialen, globalen und ökologischen Wandels bewältigen zu können. Gegenüber den klassischen Zeiten der Sozialen Marktwirtschaft ist es politisch und ökonomisch zu gewaltigen Entgrenzungen und neuen Landnahmen des Kapitalismus gekommen. Die ökologische Katastrophe ist längst noch nicht gebannt. Im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft bräuchte es einen starken Staat, der der Wirtschaft Ziele setzen kann, aber er ist geschwächt. Mehr denn je sieht es folglich so aus, als bliebe die Wirtschaft – diese Art zu wirtschaften – „unser Schicksal“ (vgl. Traugott Jähnichen, Wirtschaftsethik, S. 9ff). Was bleibt?

Auf der Linie der klassischen Sozialen Marktwirtschaft – in Einklang mit der Grundhaltung christlich sozialthischer Maximen – müssen zumindest Orte und Zeiten, gesellschaftliche Institutionen, identifiziert werden, die durch ihre Distanz zu dieser Art der Ökonomie dem Walten der Ökonomisierung Einhalt gebieten können. Dazu zählen die Kirchen, die stets darauf hinzuweisen haben, dass die Schöpfung weit mehr ist, als nur ein Ressourcen-Raum und so auf die „Notwendigkeit einer Distanz zu den Prozessen ökonomischen Handelns“ (Jähnichen, S.263) hinweisen. Aber mehr noch als die Kirchen scheint mir die Zivilgesellschaft der Ort zu sein, wo sich – wenn überhaupt – ein manifestes Interesse an einer In-Pflicht-Nahme der Ökonomie in einer lebensdienlichen Weise entwickelt. Folglich ginge es heute um eine Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft zu einer „Zivilen Ökonomie“, in der sich durchaus hybride Formen von staatlichen, privatwirtschaftlichen und gemeinschaftlichen Initiativen und Unternehmen entwickeln können. Es geht letztlich um Teilhabe und Menschenrechte, zu deren Verwirklichung sich Unternehmen als korporative Bürger im Sinne einer richtig verstandenen unternehmerischen Verantwortung verpflichten. Nicht zuletzt geht es um die Aufnahme der ökologischen Aspekte in das Programm der Sozialen Marktwirtschaft.

## Literatur:

- Werner Abelshauser: Kulturkampf. Der deutsche Weg in die Neue Wirtschaft und die amerikanische Herausforderung. Berlin 2003
- Werner Abelshauser: Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945. München 2004
- Elmar Altvater: Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik. Münster 2005
- Klaus Dörre, Stephan Lessenich, Hartmut Rosa: Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte. Frankfurt a. M. 2009
- Werner Elert: Morphologie des Luthertums. Zweiter Band: Soziallehren und Sozialwirkungen des Luthertums. München 1958 (Nachdruck der 1. Auflage von 1931)
- Bernhard Emunds: Die aufgeblähte Finanzwirtschaft beenden! Sozialethische Überlegungen zur politischen Neuordnung der Finanzmärkte. Papier des Oswald von Nell-Breuning Instituts Frankfurt a.M. 2010
- Walter Eucken: Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Hg. von Edith Eucken und K. Paul Hensel 7. Auflage Tübingen 2004
- Friedhelm Hengsbach: Wirtschaftsethik. Aufbruch, Konflikte, Perspektiven. Freiburg 1991
- Traugott Jähnichen: Sozialer Protestantismus und modern Wirtschaftskultur. Sozialethische Studien zu grundlegenden anthropologischen und institutionellen Bedingungen ökonomischen Handelns. Münster 1998
- Traugott Jähnichen: Wirtschaftsethik. Konstellationen – Verantwortungsebenen – Handlungsfelder. Stuttgart 2008
- Karin Knorr-Cetina: What is a financial market? In:
- Otmar Issing: Gefahr für die Stabilität. In: FAZ vom 11.11.2010, S. 14
- Martin von Nathusius: Die Mitarbeit der Kirche an der Lösung der sozialen Frage. Band II Die Aufgab der Kirche. Leipzig 1894
- Frank Nullmeier: Politische Theorie des Sozialstaats. Frankfurt a.M. und New York 2000
- Ralf Ptak: Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland. Opladen 2004
- Hans G. Nutzinger: Ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zu einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung? In: Jahrbuch Sozialer Protestantismus Band 4: Zauberformel Soziale Marktwirtschaft, Gütersloh 2010, S. 214 - 224
- Hans-Richard Reuter: Die Religion der Sozialen Marktwirtschaft. Zur ordoliberalen Weltanschauung bei Walter Eucken und Alexander Rüstow. In: Jahrbuch Sozialer Protestantismus Band 4: Zauberformel Soziale Marktwirtschaft. Gütersloh 2010, S. 46 – 76
- Arthur Rich: Wirtschaftsethik Band II: Marktwirtschaft, Planwirtschaft, Weltwirtschaft aus sozialethischer Sicht. Gütersloh 1990
- Wolfram Stierle: Kann die Soziale Marktwirtschaft Leitbild einer globalen Marktwirtschaft sein? In: Jahrbuch Sozialer Protestantismus Band 4: Zauberformel Soziale Marktwirtschaft Gütersloh 2010, S. 166 - 186
- Wolfgang Streeck: E Pluribus Unum? Varieties and Commonalities of Capitalism. MPIfG Discussion Paper 10/12 Köln 2010



Wolfgang Streeck: Taking Capitalism seriously. Toward an Institutionalist Approach to contemporary political Economy. MPIfG Discussion Paper 10/ 15 Köln 2010